

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

1.9.1866 (No. 208)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 1. September.

N. 208.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 31. August.

Durch Allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 28. d. Mts. wurde die Aufhebung der Felddivision und die Demobilisirung des großh. Armeekorps befohlen, und das Kriegsministerium mit dem Vollzug beauftragt;

ferner wird dem Leutnant Denny vom 1. Jägerbataillon die Dienstauszeichnung 2r Klasse für Offiziere, und dem Regimentsquartiermeister Kast die Gradabzeichnung des Hauptmanns gnädigt verliehen; Generalmajor Keller, Kommandant der Festung Rastatt, wird auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit in Ruhestand versetzt, mit der Erlaubnis, die Uniform der aktiven Generale weiterhin zu tragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Aug. d. J. gnädigt bewegen gelassen:

an die Stelle des zum Direktor der Katastervermessung ernannten Ministerialraths Erdger beim Finanzministerium den Ministerialrath Stüber bei diesem Ministerium zum Vorstand des Verwaltungsraths der Wittwenkasse der Angehörigen der Zivilstaatsverwaltung zu ernennen; unter dem 24. Aug. d. J.

den Kammersekretären Karl Albert Gimbel von Ludwigshafen zum Sekretär bei dem evangelischen Oberkirchenrath zu ernennen;

dem Privatdozenten Dr. Salomon Moos in der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg den Charakter als außerordentlicher Professor zu ertheilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 30. Aug. (W. L. B.) Das „Korrespondenzbur.“ meldet: Der Austausch der Ratifikationen des österreichisch-preussischen Friedensvertrages hat heute in Prag stattgefunden. Die offizielle Veröffentlichung des Vertrages soll am Samstag beiderseitig erfolgen.

Wien, 30. Aug. (A. Z.) Das Brückentopf-Kommando Florisdorf ist aufgelöst, und Graf Degenfeld, unter dankbarer Anerkennung geleisteter erprießlicher Dienste, seinem Ansuchen gemäß, in den Ruhestand zurückversetzt.

Wien, 31. Aug. Es verläutet, Graf Mensdorff werde nach dem Rücktritt von seinem Ministerposten das Kommando des 1. Armeekorps in Böhmen übernehmen.

Wien, 31. Aug. (Sch. M.) Der Kaiser hat wegen der finanziellen Bedrängnis des Staates die Herabsetzung des Aufwandes für den Hof im Jahr 1867 von 7 1/2 auf 5 Millionen Gulden befohlen, wozu die kaiserliche Familie einen großen Theil der Apanagen abträgt; bei den Obersthofämtern werden bedeutende Einschränkungen erfolgen.

Prag, 31. Aug. Baron Wertfer ist nach Berlin zurückgekehrt. Der Großherzog von Mecklenburg ist hier eingetroffen.

London, 30. Aug. (Sch. M.) Der Herald meldet, daß drei türkische Regimenter zur Verstärkung nach Kandia abgefannt worden seien.

Deutschland.

Karlsruhe, 31. Aug. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich heute Nachmittag um 2 Uhr 20 Minuten nach Schloß Eberstein begeben, und geben den nächsten Montag den 3. September in die Residenz zurückzukehren.

Karlsruhe, 31. Aug. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 48 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Justizministeriums. a) Die Wiederbesetzung des Notariatsdistrikts Weingarten betreffend. Als Notar für diesen Distrikt wird der seit heriger Notar für den Notariatsdistrikt Einsheim II., Heinrich Neuer, angestellt. b) Die Prüfung der Notariatskandidaten im Jahr 1866 betreffend. Durch Beschluß vom heutigen wurden von fünf Notariatskandidaten, welche sich der diesjährigen Staatsprüfung unterzogen haben, nachfolgende vier unter die Zahl der Notariatspraktikanten aufgenommen: St. Rudmann von Karlsruhe, J. Mez von Wallbörn, E. Reis von Hockenheim, und L. Bauer von Walldürn. c) Die Aufnahme des Referendärs Georg Frey von Heidelberg in den Anwaltsstand betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Den Stand der Generalbrankasse im Jahr 1865 betreffend. b) Die Verlegung des Wohnsitzes des Assistenten

Blas von St. Peter nach Buchenbach betreffend. c) Die Apothekereizung des Karl Hauser von Meßkirch betreffend. d) Die Erhebung eines Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut zu Baden betreffend. e) Die Vornahme einer Erbschaft der Hochschule Freiburg zur Ersten Kammer der Ständerversammlung betreffend, für den freiwillig ausgetretenen Hofrath Dr. Schmidt. f) Die Vornahme einer Erbschaft des grundherrlichen Adels zur Ersten Kammer der Ständerversammlung, sowie die Liste der stimmfähigen und wählbaren Grundherren in dem Wahlbezirk unterhalb der Murg betreffend, für den aus der Ersten Kammer der Ständerversammlung freiwillig ausgetretenen Abgeordneten des grundherrlichen Adels, Grafen v. Berkingen. Landesherlicher Wahlkommissär der großh. Geh. Rath und Oberhofrichter Frey v. Marschall in Mannheim. g) Die Vornahme von Erbschaften für die aus der Zweiten Kammer der Ständerversammlung ausgetretenen Abgeordneten Kopper (Stadt Mannheim, landesherrl. Wahlkommissär: Geh. Rath Dr. Schaaff in Freiburg); Fauler (13. Aemter-Wahlbezirk, erstes Landamt Freiburg und St. Peter, landesherrl. Wahlkommissär: Kreis- und Hofgerichts-Präsident Fejer in Freiburg); Buhl (25. Aemter-Wahlbezirk, Baden, ausschließlich der Stadt, Germsbach, Steinbach), landesherrl. Wahlkommissär: Verwaltungsgerichts-Rath Fröhlich. 3) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums. Die Organisation des Betriebsdienstes auf der Bahnstrecke Mosbach-Dierburen betreffend.

II. Diensterledigungen. Die Stelle eines Kollegialmitgliedes bei dem Kreis- und Hofgericht Mannheim. Die Stelle eines Kollegialmitgliedes bei dem Kreisgericht Baden. Der Notariatsdistrikt Einsheim II., Amtsgerichts-Bezirks Einsheim.

III. Todesfälle. Gestorben sind: Am 2. August d. J. der pensionirte Hauptmann v. Arney in Karlsruhe; am 15. August d. J. der pensionirte Oberamtmann Hübsch in Dienthal.

Karlsruhe, 31. Aug. In einigen Tagesblättern trifft man auf die Deutung, als wenn in den Nikolsburger Präliminarien vom 26. Juli d. J., denen die drei süddeutschen Staaten in ihren Friedensverträgen mit Preußen zugestimmt haben, die Gründung eines besonderen süddeutschen Bundes zum Zwang gemacht sei. Wir erfahren, daß in Bezug hierauf Erklärungen mit Preußen gemacht sind, welche eine solche Deutung ausschließen. Wie gering übrigens die Neigung zum Abschluß eines süddeutschen Bundes selbst in Bayern sein dürfte, ergeben die jüngsten Münchener Kammerverhandlungen, die Darlegungen des Herrn v. d. Pfordten in beiden Kammern, das Programm der Linken der Zweiten Kammer, und die gestern von derselben beschlossene Resolution zu dem Anleihegesetz.

Karlsruhe, 31. Aug. Wie man aus Berlin erfährt, haben die am dortigen Platz eröffneten Zeichnungen für das neue badische 4 1/2 prozentige Anlehen einen durchaus befriedigenden Erfolg gehabt. Es sind gegen diese Finanzoperation in einigen öffentlichen Blättern Angriffe gerichtet worden, deren Tenor und Quelle nicht zweifelhaft sein kann. Es bedarf in Bezug auf dieselben wohl nur der Erinnerung, daß die Begebung des Anlehens in Berlin nicht nur nicht mißlungen ist, sondern daß dasselbe vielmehr von den dortigen ersten Bankinstituten und den angesehensten Bankhäusern fest übernommen worden ist; ferner, daß nicht die großh. Regierung, sondern die Uebernehmer das Anlehen zur Subskription dargeboten hatten. Wie wenig das von der großh. Regierung eingeschlagene Verfahren sich als einen „Fehler“ darstellt, ergibt sich auch daraus, daß eine benachbarte Staatsverwaltung im Begriff steht, ihr auch auf dieser Wege nachzufolgen. Wir bemerken übrigens noch, daß die über den Nettopreis des Anlehens veröffentlichten Angaben (vermutlich im Interesse der Börsenspekulation) erdichtet sind, und daß dasselbe von der großh. Regierung zu einem, wie wir schon Anlaß hatten zu bemerken, sehr günstigen Kurs begeben worden ist.

Karlsruhe, 31. Aug. In Betreff der Taubertal-Bahn von Hochhausen nach Wertheim und der Meckesheim-Jarzfelder Bahn, deren Bau, wie wir gestern meldeten, in Angriff genommen wird, erfahren wir noch folgendes Nähere. An den beiden Bahnen kann im laufenden Jahr Angesichts der schon sehr vorgerückten Jahreszeit der Bau allerdings nur in beschränktem Maße betrieben werden, wohl aber läßt sich bei baldiger Juangriffnahme den Unternehmern so viel Zeit bieten, um im kommenden Frühjahr die Bauten im vollen Umfang zu betreiben. Der Aufwand, den die Eisenbahn-Schuldentilgungskasse für die beiden in Frage stehenden Bahnen aus dem für dieselben bewilligten Kredit zu leisten hat, wird in diesem Jahr und selbst in den ersten Monaten des künftigen Jahres von keinem großen Betrag sein. Die Veranordnungen der Bauten und die Vorbereitungen, welche die Akkordanten für den Beginn des Geschäftes zu treffen haben, nehmen nahezu drei Monate in Anspruch; die zunächst und

zwar während des Winters in Angriff kommenden Erdbarbeiten verursachen in der ersten Zeit verhältnißmäßig geringe Kosten; die Schienenlieferung, sowie die Ausführung der Hoch- und bedeutenden Kunstbauten wird erst im nächsten Jahr erfolgen, so daß also größere Zahlungen in eine spätere und, wie wir hoffen, finanziell günstigere Zeit fallen. — Durch die baldige Vollendung der Oberrhein-Bahn bis Würzburg wird gerade in jener Gegend unseres Landes der arbeitenden Klasse die Gelegenheit zum Verdienst geschnitert, in welcher es, wie in den Bezirken Taubertal-Oberrhein und Wertheim, vor Allem noth thut, mit der Ausführung öffentlicher Arbeiten zu Hilfe zu kommen. Neben dieser Erwägung, welche eine alsbaldige Fortsetzung des Eisenbahnbaues von Hochhausen nach Wertheim als sehr wohlthätig wirkend erscheinen läßt, spricht auch das volkswirtschaftliche wie das finanzielle Interesse der Staatsbahn-Verwaltung für thumlichste Förderung in der Vollendung der Taubertal-Bahn, da letztere nur in ihrer ganzen Ausdehnung bis Wertheim hergestellt den Verkehrsbedürfnissen genügen und das auf sie verwendete Kapital nutzbar machen wird. Dieselben Gründe lassen sich für die Juangriffnahme des Baues bei der Bahn von Meckesheim über Rappenaubach nach Jarzfeld geltend machen.

Den in der letzten Zeit durch Einquartierungen, Requisitionen u. dgl. stark in Anspruch genommenen Bewohnern des vordern Oberrheins und des Neckarthals kann durch diese Gelegenheit zum Verdienst einiger Ersatz geboten werden; Vorbereitungen zum Bauvollzuge, wie die Befuhr des Baumaterials können während des Winters, also mit Vermeidung erheblicher Entschädigungen an anstoßende Grundbesitzer, getroffen, und mit Erledigung der bis jetzt nur theilweise vollzogenen Gütererwerbungen kann endlich auch den Ansprüchen der Grundbesitzer Genüge geschehen, welche auf Genehmigung oder Aufhebung der mit ihnen vor Einstellung der Bauten bereits abgeschlossenen, aber noch nicht ratifizirten Kaufverträge bringen.

Karlsruhe, 31. Aug. Nachdem nunmehr die Demobilisirung des großh. Armeekorps auf höchsten Befehl Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs in Vollzug gesetzt ist, handelt es sich, abgesehen von der Beurlaubung der Mannschaft, welche bereits angeordnet worden, noch darum, gegen 3000 Dienstpferde außer Verpflegung zu setzen, um deren Unterhaltungsaufwand für die Kriegskasse zu beseitigen.

Um die hierbei entstehenden Schwierigkeiten, welche durch schnell auf einander folgende Versteigerungen einer großen Anzahl von Pferden eintreten müßten, möglichst zu vermeiden, wurde von großh. Kriegsverwaltung angeordnet, daß gleichzeitig mit der Versteigerung der Dienstpferde auch ein Theil derselben an zuverlässige Landwirthe verstellt, und die Versteigerung der letzteren einer spätern Zeit vorbehalten wird.

Kleinere Mißstände, welche die Verstellung von Pferden hier und da im Gefolge haben mag, werden dadurch aufgewogen, daß bei einer innerhalb kurzer Frist erfolgenden Versteigerung einer zu großen Anzahl von Pferden nur ein geringer Erlös erzielt würde, und anderseits der Landwirtschaft, namentlich im jetzigen Zeitpunkt, durch Verwendung verstellter Pferde namhafte Vortheile erwachsen.

München, 29. Aug. (A. Z.) Dem Protokoll über die Sitzung des verstärkten zweiten Ausschusses der Abgeordneten-Kammer, ausgenommen am 28. Aug. 1866, entnehmen wir Folgendes:

Abg. Fischer stellt an den königl. Staatsminister des Neuherrn folgende Anfragen: 1) Eine Ende Juni l. J. in London wie in Paris übergebene Note der königl. preussischen Regierung stelle die Behauptung auf, daß der Bundesbeschluß vom 14. Juni l. J. nur mit Verletzung der in Ansehung des Abstimmungsmodus bestehenden Vorschriften habe gefaßt werden können, und schon deshalb niemals rechtskräftig geworden sei; ob nun die königl. bayerische Staatsregierung in der Lage sei, etwas zur thatsächlichen Widerlegung dieser Behauptung anzuführen zu können? 2) Ob das königl. Staatsministerium bereit sei, die unterm 14. Juni l. J. mit Oesterreich abgeschlossene Separatkonvention sofort dem ganzen Wortlaut nach bekannt zu geben? 3) Ob die vielfach aufgestellte Behauptung, daß wenige Tage nach der Schlacht von Königgrätz-Sadowa von Seite der königl. preussischen Regierung dem bayerischen Staatsministerium Anerbietungen wegen Abschließung eines Friedens gemacht, diese Anerbietungen aber von Seite Bayerns zurückgewiesen worden seien, auf Wahrheit beruhe?

Diese Fragen beantwortete der königl. Staatsminister des Neuherrn im Wesentlichen dahin: Ad 1. Die Existenz einer solchen Note sei dem Staatsministerium allerdings bekannt geworden; dasselbe befinde sich aber nicht in der Lage, würdigen zu können, ob und wie weit diese Behauptung begründet sei, oder nicht. Den Grund oder Angrund einer solchen Behauptung zu untersuchen, wäre man nur im Stand, wenn man die Instruktion des betreffenden Gesandten vor sich hätte; derartige Instruktionen über die Abstimmungsmodalitäten der einzelnen kommittirten Regierungen seien aber nicht einmal der Bundesversammlung bekannt gegeben worden, weshalb um so weniger eine genügende Aufklärung über fragliches Verhältniß von einer unbetheiligten Regierung gegeben werden könne. Ad 2. Der Mitteilung der betreffenden Konvention stehe, wenn sie speziell gewünscht werde, kein Hinderniß entgegen. Se. Excell. der Dr. Staatsminister des Neuherrn verlas hierauf die Konvention wörtlich, und gab auf beschlühige weitere besondere Anregung seine Einwilligung zu

deren Veröffentlichung, in Folge dessen dieselbe gegenwärtigem Protokoll als Beilage nachgedruckt ist. Ad 3. Es sei hauptsächlich richtig, daß zur angegebenen Zeit der königl. preussische Botschafter zu Paris dem dortigen königl. bayerischen Gesandten erklärt habe: Preußen sei jetzt zur Anknüpfung von Friedensunterhandlungen mit Bayern bereit, und daß dieses Anerbieten durch den bayerischen Gesandten hieher gemeldet worden sei. Die königl. bayerische Staatsregierung habe aber damals geglaubt, ein solches Anerbieten entschieden ablehnen zu müssen, weil man in dem Eingehen auf einseitige Verhandlungen einen Vertragsbruch gegenüber seinen Bundesgenossen erblickt hätte.

Der Abg. Kolb ersuchte sodann das königl. Staatsministerium um weitere Erklärung: ob nicht besondere Verträge mit Oesterreich bezüglich eines etwaigen Länderaustausches abgeschlossen worden seien, wobei der genannte Hr. Abgeordnete ausdrücklich betonte, daß er selbst an die Gerüchte, welche desfalls aufgetaucht seien, niemals geglaubt, daß er vielmehr diese Frage lediglich in der Absicht gestellt habe, um der königl. Staatsregierung Gelegenheit zu geben, sich hierüber zu äußern; worauf Johann von Seite des königl. Staatsministers des Neuherrn in bestimmter Weise erklärt wurde, daß von bayerischer Seite mit Oesterreich, außer der bereits verlesenen Konvention, keinerlei weitere Verhandlung in irgend einer Beziehung getroffen worden sei.

Zum ferneren Verlauf der Diskussion richtete der Abg. Dr. Brater an das königl. Staatsministerium folgende Anfragen: 1) Bis zu welchem Zeitpunkt mit Rücksicht auf Art. III und IV des Friedensvertrags der Abzug der königl. preussischen Truppen aus Bayern zu hoffen sei? 2) Bis wann die Vorlage eines jedenfalls höchst dringlichen neuen Gesetzes über Ausgleichung der Kriegskosten zu erwarten sei? 3) Ob die königl. Staatsregierung beabsichtige, zur Bildung des in den Nilsolburger Friedenspräliminarien vorgesehenen süddeutschen Bundes ihrerseits die Initiative zu ergreifen, oder mitzuwirken? 4) Ob die königl. Staatsregierung nicht vielmehr als ihre Aufgabe anerkenne, auf eine die Einigung Süd- und Norddeutschlands begründende politische Organisation hinzuwirken? 5) Ob die l. Staatsregierung genehmigt sei, für den Fall einer Gefährdung der deutschen Grenzen den Anschluß der bayerischen Streitkräfte an die preussischen zur gemeinsamen Abwehr unter jeder Voraussetzung herbeizuführen? 6) Ob die gegenwärtige Regierung, deren Programm für die innern Angelegenheiten das Land nicht kenne und nicht nach den Antecedenzen einzelner l. Staatsminister beurtheilen möchte, sich über ihre Absichten in Betreff der wichtigen Reformfragen unumwunden auszusprechen geneigt sei? Als solche Hauptpunkte bezeichnet Dr. Brater die legislative Gesetzgebung, die Verfassung, volle Herstellung der Gewissensfreiheit, die Schulordnung.

Nachdem der l. Staatsminister der Finanzen bezüglich der Frage ad 1 erklärt hatte, daß sich die l. Staatsregierung keineswegs in unvorbereiteter Lage befinde, daß vielmehr bereits Alles aufgeboten sei, um sofort nach dem Tag der Ratifikation des Friedensvertrags nicht nur den ersten Theil der an Preußen zu bezahlenden Kriegskostenentwässerung von 10 Mill. Gulden nach Berlin zu schaffen, sondern auch für die ganze übrige Summe die stipulirte Garantie durch Depots zu realisiren, beantwortete der l. Staatsminister des Neuherrn und des Hauses die übrigen oben aufgeführten Fragen im Wesentlichen dahin, ad 2, daß in dieser Richtung der l. Staatsregierung bereits eine bei der Kammer eingereichte Interpellation mitgetheilt worden sei, deren Beantwortung nächstens erfolgen werde, daß er aber im gegenwärtigen Augenblick in Abwesenheit des l. Staatsministers des Innern, welcher in der heutigen Ausschusssitzung zu erscheinen verhindert sei, eine bestimmte zusagende Erklärung abzugeben nicht in der Lage sei. Ad 3. Die l. Staatsregierung habe sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt, und es werde die Lösung derselben zunächst von der Gestaltung der Dinge im Norden abhängen. Uebrigens sei bei den andern süddeutschen Regierungen wenig Geneigtheit vorauszusetzen, auf dieses von Frankreich angelegte Projekt einzugehen, und noch sei überhaupt kein Schritt zur Bildung des süddeutschen Bundes geschehen. Ad 4. Auch in dieser Hinsicht werde voreerst abzuwarten sein, wie sich der beabsichtigte Norddeutsche Bund gestalte. Ad 5. Wie die gegenwärtige, so werde auch jede künftige bayerische Regierung sicherlich die Vertheidigung der deutschen Grenzen als die gemeinsame Aufgabe aller deutschen Staaten betrachten. In einem solchen Fall, dessen Eintritt übrigens erst abzuwarten sei, ehe man eine Entscheidung fälle, gehöre die Kraft Bayerns der Gesamtheit Deutschlands. Ad 6. Auf diese Frage erklärte der Hr. Staatsminister des Neuherrn nicht näher eingehen zu können. Alles habe seine Zeit. Uebrigens sei das neugebildete Staatsministerium auf der überkommenen Grundlage, und es sei die möglichst rasche Durchführung der von der königl. Staatsregierung in Aussicht gestellten heilsamen Reformen den neuen Ministern als Aufgabe gestellt und von denselben als solche übernommen worden. Bei der nach geschlossener Diskussion erfolgten Abstimmung ergab sich, daß der Antrag des Hrn. Referenten auf Ertheilung der Zustimmung zum vorgelegten Friedensvertrag ohne Aenderung einstimmig angenommen wurde, wobei indes Abg. Dr. Brater ausdrücklich erklärte, zu der Motivirung des Ausschussreferats in allen Punkten seine Zustimmung nicht ertheilen zu können.

Beilage zum Ausschussprotokoll. Nachdem Sr. Maj. der Kaiser von Oesterreich wiederholt und feierlich hat erklären lassen, daß den Gedanken Allerhöchstdeselben nichts ferner liege, als ein Angriff auf Preußen, und daß die l. l. Regierung die Vorschriften des Artikels XI der Bundesakte streng zu beobachten entschlossen sei, mithin die gemeinschaftliche Anwendung militärischer Kräfte gegen Preußen nur auf Grund eines legalen Bundesbeschlusses, oder im Fall eines gewaltthätigen Angriffs Preußens auf einen Bundesgenossen Platz greifen kann, sind die Unterzeichneten, erhaltenem Auftrag ihrer höchsten Regierungen gemäß, für den bezeichneten Fall über nachstehende Punctationen übereingekommen: 1) Die königl. bayr. Armee in der Stärke von 40,000 bis 50,000 Mann bleibt fortwährend selbständig unter ihrem eigenen Oberbefehlshaber, dem Feldmarschall Prinzen Karl von Bayern, königl. Hoheit. 2) Unter dem bayerischen Oberbefehlshaber stehen auch die Kontingente des Königreichs Württemberg, der Großherzogthümer Baden und Hessen und des Herzogthums Nassau, in Gemäßheit der von den Regierungen dieser Staaten mit der bayr. Regierung getroffenen Vereinbarungen. 3) Der bayr. Oberbefehlshaber wird die Operationen der unter ihm stehenden vereinigten Armeen nach einem gemeinschaftlichen und einheitlichen Operationsplan, sowie nach den hierauf gegründeten Direktiven anordnen und leiten, welche ihm hiefür von dem l. l. österreichischen Oberkommando mitgetheilt werden. Bei der Feststellung dieses Operationsplans wird in gleicher Weise darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß die Operationen nicht im Einklang mit den Landesinteressen der Staaten der ver-

einigten Armeen bleiben, und daß ebenso auf Rechnung der eigenen Gebiete ihrer Kriegsherren Rücksicht genommen werde als auf Errettung der Hauptwende des Kriegs durch mögliche Vereinigung der Streitkräfte. 4) Um die gegenseitigen Beziehungen noch zu vermahnen und den Vollzug der Operationen zu erleichtern, wird ein österreichischer General oder Oberst das bayerische Hauptquartier stets begleiten, sowie zu demselben Zweck ein bayerischer General oder Oberst dem österreichischen Hauptquartier beigegeben. 5) Die königl. bayrische Armee wird bis zum 15. Juni l. J. in Franken und in der Nähe von Eisenbahnen eine Aufstellung genommen haben, von welcher aus es ihr möglich wird, je nach den Verhältnissen ihre Bewegungen dem verabredeten Kriegsplan entsprechend einzurichten. 6) Da die militärischen Operationen auf Grund des Bundesrechts stattfinden, wird auch der Friedensschluß in bundesgemäßer Weise erfolgen, und die l. l. österreichische Regierung verpflichtet sich insbesondere, keine einseitigen Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen, vielmehr solche Verhandlungen nur unter Theilnahme eines Bevollmächtigten der königl. bayerischen Regierung einzuleiten und im Einverständnis mit dieser abzuschließen. 7) Für den Fall, daß die nicht vorherzusehenden Begebenheiten des Kriegs es unvermeidlich machen sollten, daß bei dem Friedensschluß Territorialveränderungen in Frage kämen, verpflichtet sich die l. l. österreichische Regierung aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Bayern vor Verlusten bewahrt werde, jedenfalls aber mit solchen nur im gleichen Verhältnis zu allen verbündeten Staaten befaßt, und für etwaige Abtretungen demgemäß entschädigt werde. 8) Die Ratifikation gegenwärtiger Punctationen durch die allerhöchsten Souveräne bleibt vorbehalten. Dieselbe soll binnen acht Tagen erfolgen, und es sollen dadurch gegenwärtige Punctationen die Natur und Kraft eines förmlichen Staatsvertrags erhalten. D. M. ü. b., den 14. Juni 1866.

München, 30. Aug. (A. Z.) Die Kammer der Abgeordneten hat heute die sämtlichen Vorlagen der Staatsregierung, den Friedensvertrag mit Preußen, und die zwei zugleich mit demselben vorgelegten Gesetzesentwürfe durch Zustimmung dazugebilligt. Gegen den Friedensvertrag sprach und stimmte nur der Abg. Dr. Kuland aus Würzburg, der so ergriffen war, daß er, nachdem er gesprochen, in heftiges Weinen ausbrach. Die Kammer der Reichsräthe, welche schon gestern dem Friedensvertrag einmüthig zugestimmt hatte, wird nun morgen Vormittags auch die beiden Gesetzesentwürfe erledigen, so daß morgen Nachmittags zur Vertagung beider Kammern des Landtags wird geschritten werden können. Das Friedensinstrument wird nun, nachdem es auch durch den Staatsrath gegangen sein wird, mit der Ratifikation Sr. Maj. des Königs versehen, sofort nach Berlin abgejandt werden können, wo am 3. September die Auswechslung der Ratifikationen stattfinden wird. Der Abzug der Preußen aus Bayern hat schon gestern begonnen. Zu Hof werden von gestern Nachmittags 2 Uhr an bis 8 Uhr Abends auf der bayerischen Eisenbahn sechs Bataillone der kombinierten preussischen Garde-Infanteriebrigade eingetroffen sein. Die drei zuerst eintreffenden Bataillone sollten durch die Stadt in der Richtung nach Sachsen zu marschiren, und auf dem Lande einquartiert werden, während die drei andern Bataillone, sowie der Brigadestab und die beiden Regimentsstabe, gegen 3000 Mann, für die Nacht in der Stadt zu bequartieren waren, und heute früh nach Sachsen weiter marschirt sein werden. Schon vorgestern Abends ist auch der bisherige Gouverneur der Bundesfestung Mainz, General Graf v. Rechberg-Rothlöwen, wieder hier eingetroffen. Die Beurtheilungen in unserer Garnison nehmen ihren täglichen Fortgang. Heute Nachmittags ist auch das 5. Bataillon des 2. Infanterieregiments Kronprinz wieder hier angelangt, und diesen Abend wird auch die Rückkunft des 5. Bataillons des 5. Infanterieregiments Großherzog von Hessen erfolgen. Die fast durchweg aus gedienten Reservisten, 109. Legionisten, bestehenden Mannschaften dieser Bataillone werden gleichfalls unverzüglich in ihre Heimath wieder entlassen werden.

× Vom Mai., 30. Aug. Wie wir von verlässiger Seite hören, ist in der preussischen Politik, Darmstadt gegenüber, neuerdings eine Wendung eingetreten. Das Ministerium Dalwig zeigt sich, gestützt auf die bisherige Färsprache Rußlands und Englands, den Zwecken Preußens so feindselig, daß dieses in den nächsten Tagen mit allem Ernst gegen das Großherzogthum vorschreiten wird. Die Infortiorirung der Provinz Oberhessen ist in diesem Augenblick so gut wie eine beschlossene Sache.

Darmstadt, 29. Aug. (Fr. Z.) Die bisher gedruckte Stimmung scheint in eine sehr gereizte überzugehen. Seit Monaten mit Einquartierung befaßt, hoffte man endlich nach Ablauf des Waffenstillstandes den förmlichen Friedensschluß erwarten zu dürfen, findet aber jetzt diese Aussicht wieder in weite Ferne gerückt. Es verlautet nämlich mit großer Bestimmtheit, daß die bisherige Belagerung des Großherzogs, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, in den Anschauungen begründet ist, welche in erster Linie Minister v. Dalwig und im Uebbrigen die ganze jetzige Umgebung des Regenten demselben beizubringen gewußt hat. Die Folgen dieses Systems hat bedauerlicher Weise nur die Bevölkerung zu tragen, indem nunmehr derselben nicht allein durch die Belegung unserer Provinz mit weiteren 10,000 Mann norddeutscher Truppen eine tägliche Ausgabe von mindestens 10,000 Thalern erwächst, sondern auch unsere heissigen Truppen in voller Stärke und mit Kosten der Kriegsbereitschaft rein nutzlos in der Rheinprovinz zu verbleiben haben, was auch vom volkswirtschaftl. Standpunkt aus betrachtet zur Zeit von sehr nachtheiligem Einfluß ist.

Kassel, 28. Aug. (Hess. Morgenztg.) bringt (offenbar von beteiligter Seite) einen anziehenden Bericht über die Audienz, welche die Kasseler Deputation bei dem König von Preußen gehabt hat. Wir entnehmen demselben folgendes: „Oberbürgermeister Rebellhau hielt eine kurze Rede, berührte darin die Ereignisse, die mit dem ganzen Gewicht einer historischen Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit heringebrochen“ seien, und empfahl die Stadt Kassel, als uralten Mittelpunkt einer großen und schönen Landschaft, der Aufmerksamkeit und Huld des Königs. Die

sehr ausführliche Antwort des Letztern verbreitete sich über die politische Lage vor und nach dem Krieg, zeigte, wie der Ausgang außer aller Vorberechnung gelegen und einen Abschluß, den man nicht früher als in fünfzig Jahren erwarten dürfte, binnen wenigen Wochen vermöge beispielloser kriegerischer Erfolge vorweg genommen habe; auch Dynastien, die mit ihm nahe verwandt, Hunderte von Jahren zu seinem Hause treu gestanden hätten, wären in ein großes Schicksal, ganz gegen des Königs Wunsch und Willen, verwickelt worden. Von alle dem könne nun aber nichts mehr rückgängig gemacht werden; man müsse der einmal in Fluß gekommenen nationalen Entwicklung ihren Lauf lassen; Deutschland bedürfe vor allen Dingen einer festen, jeden auswärtigen Angriff und jede inländische Intrigue niederhaltenden Organisation; auch Kurhessen werde daran in würdiger Weise Theil nehmen und Kassel zumal die Prärogative einer Hauptstadt behalten. In seinem Alter zwar dürfe der König kaum darauf rechnen, Alles noch selbst in's Werk zu setzen; der Kronprinz jedoch denke in Allem ebenso und werde des Vaters Wort gewissenhaft lösen.

Hannover, 27. Aug. In Betreff der Eidesleistung gen hat der Zivilkommissar folgende „provisorische Bestimmung“ getroffen:

In allen Fällen, wo das Gesetz eine Vereidigung gegen den Landesherren erforderlich macht, sei es bei neuen Anstellungen oder der Aufnahme in den Unterthanenverband, oder in städtische Kollegien oder andere Korporationen, soll von einer Vereidigung der betreffenden Persönlichkeiten so lange Abstand genommen werden, bis von Seiten des neuen Souveräns die definitive Vereidigung erfolgt ist, und derselbe den Huldigungs Eid gegen seine Person fordert. Bei neuen Anstellungen tritt eine kommissarische Vereidigung ein mit der Aussicht, daß die feste Anstellung später erfolgen soll. Bei Aufnahme in städtische Korporationen wird nur der Bürger Eid geleistet, die Ableistung des Huldigungs Eides bleibt einweilen ausgesetzt. Das Ministerium hat das Erforderliche bereits angeordnet.

König Georg hat sich am 25. d. von Wien nach Passau begeben.

Hannover, 29. Aug. Die „Hannov. Allg. Ztg.“ berichtet: „In Betreff der Vorbereitungen zu den Wahlen für den Reichstag des Norddeutschen Bundes sind jetzt den Behörden nähere Anweisungen zugegangen. Nach denselben wird das Königreich Hannover 20 Abgeordnete (1 auf etwa 96,000 Seelen) zu wählen haben, deren Wahlkreise höhern Orts bereits festgestellt sind. Jedenfalls werden die Vorbereitungen noch eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, und daher die Wahlen erst in etwa einigen Monaten erfolgen können. — Aus Celle, 28. Aug., meldet die dortige Zeitung: „Die Untersuchung wider die Tumultuanten unseres Juli-Aufstands ist jetzt so weit vorgeschritten, daß, wie wir hören, in der nächsten Zeit die Akten der Voruntersuchung geschlossen werden können. In Untersuchungshaft sitzen noch immer 60 bis 70 Teilnehmer am Aufstand, darunter 7 Frauen; doch hatte sich die Anzahl der Verhaftungen auf weit über 100 belaufen, von denen Viele aus Mangel an Beweis wieder entlassen werden mußten, wie denn überhaupt das Maß der Schuld jedes Einzelnen in diesem Monatprozess schwer nachzuweisen sein wird. Die Zeugenvernehmungen haben sich auf viele Hunderte erstreckt. — Aus Göttingen meldet die „Hannov. Allg. Ztg.“ unter'm 27. Aug.: „In unserm Nachbarort Geismar kam es gestern Nacht zu argen Thätlichkeiten. Eine geschlossene Gesellschaft hatte sich im dortigen Gasthause zum Tanzen versammelt, und wurde darin von mehreren Soldaten gestört, welche an dem Vergnügen Theil nehmen wollten. Als ihnen dies verweigert wurde, suchten sie es mit Gewalt zu erreichen, und machten endlich von ihren Seitengewehren Gebrauch. Es wurden dabei etwa 6 bis 8 Personen, zum Theil sehr gefährlich, verunwet, so daß mehrere in's hiesige Hospital geschafft werden mußten. Eine von der Hauptwache unter'm Rathhaus herbeigezogene Patrouille, welche die Hauptombdantanten zu fangen versuchte, kehrte unverrichteter Sache zurück.“

Hamburg, 30. Aug. (W. L. B.) Wie der „Hamburg. Corresp.“ meldet, befindet sich der Präsident des Direktoriums der preussischen Bank, Dechend, gegenwärtig hier, um, wie es heißt, die Errichtung einer preussischen Bankfiliale in Altona vorzubereiten.

Aus Nordschleswig, 27. Aug. (H. C.) Nachstehend veröffentlichten wir ein Schreiben des auf dem zum nordschleswig'schen Kirchspiel Halk gehörigen Hof Peterholm anlassigen Bauernvogts Schler, also lautend:

In Folge einer Unterredung mit dem Präsidenten Hrn. v. Jellly mache ich hierdurch im Auftrag desselben bekannt, daß eine Theilung oder Abtretung von Terrain südlich von der Stadt Christiansfeld zu befürchten ist. Es könne überhaupt von keiner Abtretung die Rede sein, es sei denn im Territorium Lehn'schen, welcher Distrikt in dem Besitz besonderer Vorrechte steht.

Berlin, 29. Aug. Das bisherige politische System der darmschlesischen Regierung scheint in der Herstellung des Friedens mit Preußen kein Glück zu machen, denn die Verhandlungen darüber sind ins Stocken gerathen. Das preussische Cabinet soll nach der Erklärung Berliner Blätter den Plan der Ausnahme Oberhessens in den Norddeutschen Bund aufgegeben haben und sich mit der Frage der Annexion dieser Provinz beschäftigen, aus welcher, wie die „Nord. Allg. Z.“ heute mittheilt, zahlreiche Abreisen der Bitte um Einverleibung, namentlich aus Sieben, eingetroffen sind. Nach der „Zeidler. Corresp.“ ist es nicht unwahrscheinlich, daß dem Großherzogthum in Folge dieses Standes der Dinge, der Kriegszustand fühlbar gemacht wird. Auch mit Sachsen-Weinungen ist keine Verständigung wegen der Bedingungen über den Eintritt in den Norddeutschen Bund bis jetzt zu Stand gekommen. Die Nachricht, daß der Kurfürst von Hessen zu Gunsten Preußens seinen Ansprüchen enttagt habe, hat sich nicht bestätigt. Derselbe befindet sich noch auf dem königl. Schloß in Sietzin, während seine Gemahlin, die Fürstin von Hanau, in einem Hotel der Stadt Wohnung genom-

men hat. Ueber den Fortgang der Verhandlungen mit Sachsen verläutet nichts.

Berlin, 30. Aug. (Köln. Ztg.) Der König wird, wie in militärischen Kreisen verläutet, die aus Oesterreich heimkehrenden Garderegimenter bei Großbeeren konzentrieren und dort Heerschau über sie abhalten. — Dem Kaiser-Franz-Regiment ist Hannover zum Garnisonsort angewiesen; das Regiment soll nach dreitägiger Rast in seiner ganzen Stärke von hier dorthin abziehen.

Berlin, 30. Aug. Der königl. Generaladjutant, Generalleutnant v. Mantuffel ist gestern früh von seiner Mission nach St. Petersburg hier wieder eingetroffen. Im Lauf des gestrigen Vormittags stattete derselbe dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, sowie dem Kriegsminister v. Roon Besuche ab und hatte mit Beiden längere Besprechungen. Wie verläutet, ist seine Mission an den k. russischen Hof in jeder Beziehung von dem gewünschten Erfolg begleitet. Von Seiten Russlands sollen in Folge der von hier aus gegebenen Aufklärungen keinerlei Beschwerden gegen die jetzige Gestaltung der Dinge in Deutschland zu erwarten sein. Auch die früheren Besorgnisse des St. Petersburger Kabinetts in Betreff dieser Umgestaltung sind zerstreut. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen und Russland haben eine neue Befestigung erhalten. Heute Morgen ist der General v. Mantuffel auf seinen Kommandoposten zur Main-Armee abgereist. Er wird wieder in Frankfurt a. M. sein Hauptquartier nehmen. Von dort begibt sich derselbe alsbald zum Kurgebrauch nach Gastein.

Wie verläutet, sind von hier aus nach München Reklamationen eingegangen wegen der Unbilden und Angriffe, die kürzlich in Aschaffenburg von Seiten bayrischer Soldaten gegen preussische Militärs stattgefunden haben. Bereits soll aus München die Anzeige hierher gelangt sein, daß eine strenge Untersuchung dieser Vorgänge werde eingeleitet werden. Auf preussischer Seite haben die Exzesse der bayrischen Soldaten in Aschaffenburg die Folge gehabt, daß die schon angeordnete Räumung der Stadt wieder rückgängig gemacht worden ist. Vorläufig wird in Aschaffenburg noch eine preussische Besatzung verbleiben.

Italien.

Von der italienischen Grenze, 26. Aug. (A. Ztg.) Garibaldi ist wieder so weit hergesteuert, daß er die Inspektion der Freiwilligen in Bergamo, Lonato und Desenzano vornehmen konnte. Die Meisten betrachten diese Besuche als die Verabschiedung des Generals bei den Freiwilligen, deren Entlassung baldigt erwartet wird. Zwar hat Garibaldi erst jüngst noch einen Tagesbefehl erlassen, welcher den Unterricht der Freiwilligen und die Organisation von 10 stehenden Kompanien für den Vorpostendienst anordnet; die plötzliche Berufung des in Urlaub abwesenden Generalstabschefs Fabrizi wird aber wohl mit der Auflösung des Korps im Zusammenhang stehen. — Seit drei Tagen ist der Postverkehr zwischen Padua und Venedig wieder hergestellt. — Der Erzbischof von Urbino ist wegen regierungsförmlicher Predigten verhaftet worden; dagegen wird der Hirtenbrief des Bischofs von Treviso sehr gelobt, da dieser Prälat darin den Gedanken entwickelt, daß die Kirche sich nicht in die Politik zu mengen habe und niemals Haß predigen dürfe.

Frankreich.

Paris, 28. Aug. (Köln. Ztg.) Die mexikanischen Angelegenheiten sind im Augenblick wieder in den Vordergrund getreten und nehmen die öffentliche Meinung in hohem Grade in Anspruch. Abgesehen davon, daß die Besitztümer der mexikanischen Renten große Besorgnisse haben, ihre Gelder zu verlieren, befürchtet man auch, daß sich die hiesige Regierung leicht dazu verleiten lassen könnte, noch weitere Anstrengungen zu machen, um das „größte Unternehmen des zweiten Kaiserreiches“ aufrecht zu erhalten. Der Umstand, daß der Kaiser Maximilian in Folge der in Mexiko entdeckten Verschwörung ein rein französisches Ministerium (es besteht nur aus drei Mitgliedern und ist folgenbereits zusammengekommen) General v. Demond, Generalstabschef des Marschalls Bazaine, Kriegsminister; Friaud, Intendant des Expeditionskorps, Finanzminister; Salaza Plasquet, Innerer ernannt, hat diese Befürchtungen noch vermehrt, zumal man, und wohl nicht mit Unrecht, annimmt, daß dies in Washington keineswegs sehr gefallen werde. — Die Cholera ist in Paris im Abnehmen begriffen. — Nach der letzten Zählung soll die Einwohnerzahl von Paris (die ab- und zugehende Bevölkerung nicht mit eingerechnet) sich auf 1,700,000 Seelen belaufen.

Paris, 30. Aug. Wie die „Presse“ versichert, wäre die Abreise der Kaiserin und des kaiserl. Prinzen immer noch auf den 1. L. M. festgesetzt, und es wären bereits alle nötigen Vorbereitungen getroffen. Wie dasselbe Blatt versichert, werde der Kaiser, um sich ebenfalls nach Biarritz zu begeben, in St. Cloud die Rückkehr der Minister abwarten, welche zur Eröffnung der Generalrats-Session nach den verschiedenen Departements gerüstet sind.

Der „Moniteur“ theilt Auszüge aus Depeschen mit, die von der Hauptstadt Mexiko am 27. Juli und von Vera-Cruz am 1. August abgegangen sind.

Marschall Bazaine — schreibt das offizielle Blatt — befand sich in San Luis de Potosi, von wo aus er die Operationen in den nordwestlichen Departementen leitete. Er hatte sich zu diesem Zweck in Verbindung mit General Douay gesetzt, der mit einem Theil seiner Streifkräfte nach Norden vorgezogen war. Da die Abwesenheit des Oberkommandierenden in Mexiko zwar gewisse und Sanktionirte Intrigen hervorrufen konnte, so hatte die Regierung, um jeden Vorwand zur Aufregung kurz abzuschneiden, etwa 15 Personen, die offenkundig mit den Dissidenten in Verbindung standen, festnehmen und in Yucatan interniren lassen. Diese Maßregel hat keinerlei Aufsehen in Mexiko erregt, wo Alles vollkommen ruhig ist (!). Der Fall von Matamoros hat seinen Rückschlag in Huasteca ausgeübt. Europa war ernstlich bedroht, doch reichte das Erscheinen von zwei Kompanien mexikanischer Infanterie zur Bewachung der Besorgnisse

der Bevölkerung hin. Banden durchzogen die Umgegend von Tampico, ohne sich jedoch begeben zu lassen, den Platz selber zu beunruhigen. Der Gesundheitszustand der Armee ist fortwährend befriedigend.

Paris, 30. Aug. Der italienische Gesandte, Hr. Nigra, welcher krank war, befindet sich wieder besser. — Die Berichte aus Italien lassen eine Auflösung der Kamern nach Abschluß des Friedens kaum mehr bezweifeln. — Der Großfürst Alexis, dritter Sohn des Kaisers von Russland, ist, von Madeira kommend, zu Eberburg eingetroffen. — Der „Moniteur“ zeigte gestern Abend die Absendung eines französischen Bevollmächtigten nach Venedig an. Dieser Bevollmächtigte, General Leboeuf, Adjutant des Kaisers, ist in Turin eingetroffen. — Die zu Antibes formirte römische Legion wird in einigen Tagen nach Civitavecchia eingeschifft werden. Sie übernimmt den Dienst eines Regiments des Okkupationskorps, dessen beide erste Bataillone nach Frankreich zurückkehren. Weitere Verletzungen werden, der „Patrie“ zufolge, vorerst nicht eintreten. — Die englische Bank hat ihren Diskonto auf 6 Proz., die französische Bank auf 3 Proz. herabgesetzt. Die Metallvorräthe in der letztern belaufen sich auf 745 Millionen, und außerhalb der Bank escomptirt man zu 2 Proz., so groß ist die Menge des unbeschäftigten Kapitals. Dennoch war die Börse flau. Rente bleibt 66.25, ital. Anl. 55.30 nach 55.

Niederlande.

Aus dem Haag, 26. Aug. (B. u. H. Z.) Den offiziellen Parlamentsannalen zufolge antwortete der niederländische Minister Graf v. Zuylem auf eine bezügliche Anfrage des Limburger Abgeordneten van der Meije de Sombré in einer der letzten Sitzungen der Generalstaaten u. A.: er sei immer der Meinung gewesen, daß die Lösung des Verhältnisses zwischen Limburg und dem Deutschen Bunde höchst wünschenswerth sei, allein nur auf einem Wege erstrebt werden dürfe, welcher unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nicht gefährden könne. Dieser Zweck sei vollständig erreicht worden.

Bei dieser Gelegenheit, sagte der Minister, muß ich dankend das allgemeine Wohlwollen und die Freundschaft anerkennen, welche wir seitens der deutschen Nachbarstaaten erfahren. Nach den von Preußen vorgeschlagenen Grundzügen einer Bundesrevision sollte das Herzogthum Limburg dem neu zu errichtenden Bunde nicht ferner angehören. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß diese Vorströmung Limburgs vom Bunde und von Preußen angeboten wurde, ohne irgend eine Bedingung, welche die Sache für uns weniger annehmbar hätte machen können. Ebenso wünsche ich das wohlwollende Verhältniß nicht unerwähnt zu lassen, welches bezüglich dieser Angelegenheit zwischen uns und Oesterreich und den mit ihm verbundenen Staaten bestanden hat. Der Kammer wird das Botschaftsdekret sein, welches für Limburg abgegeben wurde, als es sich am Bundestag um das Ausbrechen des Krieges handelte. Wir erklärten damals, daß wir neutral zu bleiben wünschten, und obgleich diese Erklärung mit den bestehenden Bundesgesetzen nicht im Einklang war, und daher in den Augen derjenigen Staaten, welche den Bund als noch zu Recht bestehend betrachteten, keineswegs als korrekt erscheinen konnte, wurde sie doch vollkommen genehmigt. Und dies geschah in einem Augenblick, wo die Welt des Krieges noch nicht gefallen. Was also die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland betrifft, kann ich die beruhigendsten Versicherungen geben. In Bezug auf den faktischen Zustand Limburgs habe ich nur wenig zu erwähnen. Limburg hat diese Krisis überstanden, ohne belästigt zu werden; es hat dies in einer durch die Provinzialvertretung an den König gerichteten Adresse dankbar anerkannt, und verlangt nichts weiter, als daß der jetzige Zustand dauernd sicher gestellt werde. Auch die Regierung theilt diesen Wunsch. Es muß unser Streben sein, daß Dasjenige, was gegenwärtig faktisch besteht, eine vertragsmäßige Sanction erhalte, und so viel mit bekannt ist, haben wir in dieser Hinsicht nicht die geringste Opposition von irgend einer Seite zu gewärtigen.

Auf die Bemerkung des Interpellanten, daß man durch die Antwort des Ministers keinen Aufschluß erhalten habe über den Punkt: ob das faktisch gelöste Verhältniß Limburgs zu Deutschland auch jure gelöst worden sei, entgegnete der Minister: sogar Preußen, von welchem die Auflösung des Bundes provozirt worden, habe geglaubt, diese Auflösung den sämtlichen Unterzeichnern des Wiener Vertrags unterwerfen zu müssen; es erhebe daher als schiedlich, daß auch Niederlande die internationale Entscheidung dieser Frage abwarten; so viel könne er jedoch versichern, daß er die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Limburgs mit Deutschland nicht einsehe, und seinerseits auch nie dazwischen willigen werde.

Griechenland.

Athen, 25. Aug. (Ueber Wien.) Zwischen den aufständigen Landboten und den türkischen Truppen ist es bis zum 13. Aug. nicht zu Feindseligkeiten gekommen. Die Pforte konzentriert Truppen in den Provinzen an der Grenze Griechenlands. Der türkische Stabschef Mahmud Pascha ist in einer besondern Mission nach Candia gegangen; er soll mit den Aufständischen verhandeln, nöthigenfalls Waffengewalt gebrauchen. Die Pforte hält Truppen zur Verstärkung der Besatzung auf Candia in Bereitschaft.

Amerika.

Neu-York, 17. Aug. (Per Moravian.) Der Korrespondent des „Neu-York Herald“ in der Stadt Mexiko berichtet, daß 18 Bürger verhaftet worden seien, der Absicht angeklagt, den Kaiser zu entführen und bis zu seiner Einwilligung, das Land zu verlassen, festzuhalten. Die von Santa Anna und Ortega geleitete Verschwörung soll sehr gefährlich sein und selbst den Erzbischof von Mexiko in sich schließen. Der neue unpopuläre Minister soll dafür sein, das Kriegsgeßel über das ganze Land auszuwehnen.

Nachrichten aus der Stadt Mexiko vom 6. Aug. melden, daß Kaiser Maximilian über Mexico, Toluca, Tancitar, Tulancingo und Seacalla das Kriegsrecht verhängt hat. Es wird von mehr Verschwörungen und weiteren Verhaftungen berichtet. General Jimicis (oder Jimier oder Jimicent) ist zum Kriegsminister, und General Erant (oder Grant) zum Finanzminister ernannt worden, welche Verän-

derungen, wie amtlich angezeigt wird, vorgebunden worden sind, um vollständige Einheit in die Regierung zu bringen.

Baden.

Aus dem Taubertal, 27. Aug. (N. B. L. Ztg.) Mit dem gestern erfolgten Abmarsch der königl. preussischen Truppen aus Taubertalhofheim und Königsbosen ist nun in unser sonst so friedliches Thal, das schon seit 6 Wochen ein militärischer Lärmelaplag wie vielleicht noch nie war, und seit 35 Tagen unter der Last starker Einquartierung seufzte, Ruhe eingezoogen. Die Cholera hat sich in den meisten Orten gemindert, mit Ausnahme von Dittigheim, wo gestern Abend 9 Tode lagen und noch 40 Personen von der Krankheit befallen sind. In Gamburg haust die Schweinepeste, und die Kartoffelkrankheit wird vielfach angetroffen. Noch in dieser Woche soll die erste Lokomotive unser Thal, Müllburg zu, durchbrausen und in nächstem Monat die Bahn dem allgemeinen Betrieb übergeben werden. Wir treten damit aus unserer bisherigen Abgeschlossenheit heraus.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 30. Aug. Den hiesigen Vätern zufolge hat Hr. S. Kumpel, Mitglied des hiesigen Theaterkomite's, der bereits früher eine bedeutende Summe zur Gründung eines Fonds zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der an der hiesigen Bühne wirkenden Künstler gespendet hat, aus Anlaß der Enthüllung des Dalberg-Denkmal's zu dem gleichen Zweck wieder 2000 fl. gesiftet.

— Aus München, 22. Aug., wird dem „Fremdenblatt“ geschrieben: „Das Tagesgespräch bildet heute ein ruhmloses Attentat, welches dem in Disposition versetzten Fürsten Loris galt. Derselbe will seit seiner Verletzung auf dem Gut seines Schwiegerohnes, Fürst von der Leyen. Die Herrschaften sahen, nichts ahnend, beim Ehe, als plötzlich vier Schüsse durch das Fenster abgefeuert wurden. Glücklicher Weise gelang dieses Substrat nicht, denn die Kugeln prallten ab und bohrten sich im Bett der ohnmächtig gewordenen Fürstin ein. Trotz augenblicklich angelegter Nachforschungen war es nicht möglich, den Thätern auf die Spur zu kommen.“

— Ein offizieller Korrespondent der „Allg. Ztg.“ aus München widerspricht der Nachricht, daß Preußen bei seinen Friedensverhandlungen mit Bayern Anfangs auch die Abtretung von Ansbach, Fürst, Nürnberg und Erlangen verlangt habe. Von diesen Punkten sei niemals in den preussischen Forderungen die Rede gewesen.

— Am Sonntag Abend hat zwischen Camberger Einwohnern und mecklenburger Soldaten eine Schlägerei stattgefunden. Die ersten haben mit Steinen auf die Soldaten geworfen, letztere von ihrem Säbengewehr Gebrauch gemacht, und soll ein Zivilist bedeutend am Kopf verletzt worden sein. (Nürnb. Anz.)

— Frankfurt, 30. Aug. Das heutige „Amstblatt“ enthält eine Einladung zur Beihilfung an einem zu 5 Proz. verzinslichen Darlehen im Betrag von 1,200,000 fl.

× Frankfurt, 30. Aug. Seit die bei dem Einmarsch der Preußen verriegelten hiesigen Druckereien wieder eröffnet sind, sollen bei der zuständigen Behörde eine ganze Reihe (man sagt zehn) Besuche um Herausgabe eines Tagblattes eingereicht, aber alle prinzipiell abschlägig beschieden worden sein. Man scheint preussischer Seite die Ausgabe der Kreuzblätter, die vor der Okkupation außerordentlich gute Geschäfte machten, auf das äußerste Maß beschränken zu wollen, selbst den Gesuchen gegenüber, die sich zu gewissen Bedingungen bereit erklärt und Versprechungen gemacht haben. Nur das sog. „Abendblatt“ darf kolportirt werden.

— Mainz, 29. Aug. (Fr. Z.) In drei durch die Sanitätsbehörde festgestellten Fällen mit kurzem tödlichem Verlauf ist das Auftreten der Cholera in der Stadt konstatiert worden.

— Petersburg, 26. Aug. Unsere amerikanischen Gäste haben sich nach Moskau begeben und werden von da nach Nijninowarod und Kostroma besuchen. Der Chef der amerikanischen Mission, Hr. Unterstaatssekretär Fox, wurde zum Ehrenbürger Petersburgs ernannt.

Männer-Hilfsverein.

zur Unterstützung der durch den Krieg dauernd arbeitsunfähig gewordenen badiischen Krieger und der unbemittelten Hinterbliebenen der Gefallenen.

Bis heute sind eingegangen: Vom Bezirksverein Karlsruhe laut Karlsruher Tageblatt vom 26. d. M., Nr. 233, 889 fl. 25 kr., vom Bezirksverein (Springen durch Staatsstraß Lame) 72 fl. 3 kr., vom Bezirksverein St. Blasien 91 fl. 50 kr., zusammen 1053 fl. 18 kr., wofür wir hiermit dankend quittiren, indem wir um gefällige weitere Beiträge bitten. Sämmtliche badiische Blätter werden im Interesse der Sache um gefällige Aufnahme dieser Veröffentlichung ersucht. — Karlsruhe, den 31. Aug. 1866. Die Hauptkassirer der Männer-Hilfsvereins. Ed. Koelle.

Karlsruhe, 31. Aug. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der badiischen 35-fl. Loose sind folgende 50 Serien gezogen worden:

556. 649. 653. 706. 950. 975. 1135. 1231. 1367. 1628. 1664. 1892. 1949. 2113. 2186. 2305. 2315. 2697. 2793. 2813. 3006. 3281. 3418. 3453. 3589. 3708. 3975. 3992. 4281. 4564. 4570. 4631. 4886. 5234. 5529. 5757. 5762. 5857. 5943. 6299. 6391. 6416. 6571. 6813. 6831. 6881. 6970. 7002. 7233. 7408.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 30. Aug. | Saromet. | Thermometer. | Wind. | Himmel. | Witterung. |
|---------------|----------|--------------|-------|-----------|---------------------|
| Morgens 7 Uhr | 27.750 | +13.0 | S.W. | klar bew. | Sonnbl., Strichreg. |
| Mittags 2 „ | 8.63 | +14.0 | „ | „ | „ |
| Nachts 9 „ | 9.03 | +13.0 | „ | „ | „ |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 2. Sept. 3. Quartal. 85. Abonnementsvorstellung. **Die Afrikanerin**; große Oper mit Ballet in 6 Akten, von Meyerbeer.

